

Teilausstellungen zur Lager-SS und zur KZ-Zwangsarbeit in der Klinker- und Rüstungsproduktion die Funktion einer ausführlichen Kommentierung des nicht unmittelbar für sich sprechenden Areals. Die Ausstellungen mit ihren vielfältigen Informationsangeboten, in denen die Geschichte der jeweiligen Räumlichkeiten, aber auch die Zeitschnitte wahrnehmbar sind, wie die Gestaltungsformen im Außengelände mit archäologischen Freilegungen und den Markierungen der Barackengrundflächen und Zaunverläufe, sind Versuche, die Geschichte des in seiner Authentizität durch die Überformungen geprägten Ortes wenigstens in Teilen sichtbar zu machen. Die Ausstellungen und die neue Gedenkstätten-gestaltung dokumentieren „Zeitspuren“, sind aber auch Ausdruck einer Suchbewegung ohne Hoffnung auf Vollständigkeit.

Zur Vertiefung werden möglichst unterschiedliche Quellengattungen angeboten. Die Präsentation historischer Quellen wie zum Beispiel Fotos, Aktenmaterial oder Exponate in Verbindung mit kurzen erläuternden Texten ist ein wichtiges Gestaltungsmittel. Ton- und Videoaufzeichnungen von Überlebenden und über 150 Biografiebücher sollen für die Besucher die Möglichkeit schaffen, sich in das Schicksal Einzelner hineinzudenken.

Zugleich machen aber gerade die Erinnerungen einzelner Menschen – seien es Überlebende oder Angehörige der britischen Armee, seien es im Internierungslager Neuengamme Inhaftierte, Politiker oder Angehörige der jüngeren Generation – deutlich, dass Geschichte nicht aus einer einzigen großen Erzählung besteht, sondern aus der Vielzahl unterschiedlicher, manchmal widersprüchlicher Geschichten. Dieser multiperspektivische Ansatz erweist sich besonders in den Fällen als sinnvoll, wo Bilder, Dokumente und Texte eindeutig den „Täterblick“ auf die Ereignisse verdeutlichen. Die Kontrastierung dieser Quellen zum Beispiel mit den Perspektiven ehemaliger Häftlinge relativiert sogleich deren Aussagekraft. Ein weiteres Prinzip bei der Erarbeitung dieser Ausstellung war es, die Fragestellung nach der Rekonstruktion des historischen Geschehens und die der Modi der Überlieferung auf möglichst vielen Ebenen einzuhalten. Dieser diskursiven Form der Quellenpräsentation und -interpretation entspricht die Methodenvielfalt im Umgang mit den Ausstellungsthemen. Den Gegenständen und Fragestellungen entsprechend koexistieren struktur- und politikgeschichtliche Ansätze mit alltags-, sozial- und kulturgeschichtlichen Herangehensweisen.

Nach der Übergabe eines großen Teils des ehemaligen KZ-Geländes an die Gedenkstätte Neuengamme im Jahr 2003 haben die neue Hauptausstellung und die sie ergänzenden

Die Geschichte des Konzentrationslagers Neuengamme und seiner Außenlager von 1938 bis 1945 bildet den Schwerpunkt der Hauptausstellung. Im Vordergrund steht dabei die Dokumentation der an diesem Ort begangenen Verbrechen, die Veranschaulichung des Prozesses der Dehumanisierung und die Darstellung des Leidens der Häftlinge, das für die Überlebenden mit der Befreiung im Mai 1945 oftmals nicht endete.

Um in einer Ausstellung das System der Konzentrationslager zu veranschaulichen, muss auch nach den Täterinnen und Tätern gefragt werden, die dieses System trugen und seine menschenunwürdigen Rahmenbedingungen bis hin zum kaltblütigen Mord an Häftlingen gestalteten. Die juristische Verfolgung nach Kriegsende verweist zudem auf den Umgang der Gesellschaft mit den Folgen dieses Terrorregimes. Der Umgang der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme wird in der Hauptausstellung ebenso dargestellt wie die sich im Laufe der Jahrzehnte stark verändernden Erinnerungsformen und ihre geschichtspolitischen Implikationen im bis 1989 geteilten Deutschland. Da 90 Prozent der Häftlinge im KZ Neuengamme nicht aus Deutschland kamen, war die Frage von besonderer Bedeutung, ob und wie sich die Überlebenden in den verschiedenen Staaten Europas an das KZ Neuengamme erinnern.

Zentrales Anliegen war die Transparenz der Ausstellung, deren Gliederung wie ein „roter Faden“ gut erkennbar sein sollte: Die Informationen werden auf verschiedenen Ebenen präsentiert, und zwar sowohl für Besucherinnen und Besucher, die sich schnell informieren wollen, als auch für solche, die sich für Details interessieren und einzelne Aspekte vertiefen möchten.

lingen in der deutschen Kriegswirtschaft unter Bedingungen, die den Tod durch Entkräftung bewusst einkalkulierten, für den von der SS geprägten Begriff „Vernichtung durch Arbeit“. Über die Arbeitsbedingungen informieren zwei Ergänzungsausstellungen: in dem KZ-Rüstungsbetrieb der ehemaligen Walther-Werke die Ausstellung *Mobilisierung für die Kriegswirtschaft: KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion* und im ehemaligen Klinkerwerk die Ausstellung *Arbeit und Vernichtung: KZ-Zwangsarbeit in der Ziegelproduktion*. Ein *Offenes Archiv* in unmittelbarer Nachbarschaft der Studienaussstellung in den ehemaligen SS-Garagen bietet allen Besucherinnen und Besuchern mithilfe von Computern, Medienstationen, Lesemappen und Büchern zahlreiche weitere Möglichkeiten zur vertiefenden Recherche.

Im Folgenden werden die Grundzüge des Ausstellungskonzeptes dargelegt.

Die Autorinnen und Autoren dieser Ausstellungen gehören 60 Jahre nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft der letzten Generation an, die sich die Geschichte des Nationalsozialismus nicht nur durch Quellen aneignen, sondern im Gespräch und Austausch mit den letzten Überlebenden eine spezifische Sensibilität im Umgang mit der Geschichte der Konzentrationslager entwickelt hat. Das „Nachleben der Erinnerung“ ist in dieser Generation noch wesentlich durch die Erzählungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geprägt. Vor diesem Hintergrund sind die Ausstellungen immer auch an den narrativen Mustern orientiert, die die Erinnerungen der Überlebenden vermitteln. So nimmt zum Beispiel die Ankunft im Konzentrationslager einen verhältnismäßig großen Raum ein, weil ihr – als abrupter Eintritt in die gänzlich anderen Regeln unterworfenen Welt der Konzentrationslager – in vielen Erinnerungen eine große Bedeutung beigemessen wird.

## Zeitspuren: Anmerkungen zum Ausstellungskonzept

Am 4. Mai 2005 wurden die neuen Dauerausstellungen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eröffnet. Alle Ausstellungen werden in Gebäuden gezeigt, die aus der Zeit des Konzentrationslagers stammen und die nach Aufgabe der Gefängnisnutzung im Zuge der Neugestaltung teilweise in den Zustand von 1945 zurückgebaut und für Ausstellungszwecke hergerichtet wurden. Die Hauptausstellung *Zeitspuren: Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945 und seine Nachgeschichte* befindet sich in einem 1943/44 im Häftlingslager errichteten Unterkunftsgebäude. Die Struktur des Gebäudes mit vier separat zugänglichen Häftlingsblöcken von je ca. 600 Quadratmetern, die jeweils in zwei große Unterkunftssäle, einen Waschraum und eine Latrine gegliedert waren, ist erhalten geblieben oder für die Ausstellungsnutzung wiederhergestellt worden. Im letzten Kriegsjahr 1944/45 war das Gebäude, das für die Unterbringung von 1000 Häftlingen geplant war, mit weit über 2000 Menschen belegt. Auf die Nachnutzung des Gebäudes im britischen Internierungslager bis 1948 und in der Justizvollzugsanstalt Vierlande bis 2003 weisen zwei „Zeitschnitte“ hin, die in die Ausstellungsgestaltung integriert wurden.

Auch die Wahl der Ausstellungsorte für die drei Ergänzungsausstellungen orientiert sich an den historischen Räumlichkeiten. Die Studienaussstellung *Dienststelle KZ Neuengamme: Die Lager-SS*, die anhand von Prozessunterlagen, Dokumenten und Biografien umfangreiche Informationsangebote zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Täter bietet, wird in den ehemaligen SS-Garagen gezeigt. Das Konzentrationslager Neuengamme steht mit der rücksichtslosen Ausnutzung der Arbeitskraft von Zehntausenden von Häft-

Sobald der zweite Bauabschnitt in Billwerder abgeschlossen und ein Vollbetrieb der Anstalt möglich ist, können die ersten Insassen aus der JVA Vierlande verlegt werden. Die Sozialtherapie für erwachsene männliche Gefangene wird im Haus IV der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel konzentriert mit Bergedorf als Außenstelle.

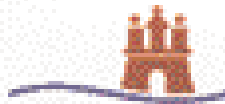
**Justizsenator Dr. Roger Kusch:**

„Die Entscheidung des heutigen Tages bedeutet einen gravierenden Einschnitt für den Hamburger Strafvollzug. Ich bitte alle Bediensteten, die von dieser Umstrukturierung betroffen sind, um Verständnis für die hiermit verbundenen Belastungen.

Der Hamburger Senat sieht sich in der historischen Verantwortung gegenüber den Opfern und ihren Hinterbliebenen, das Nebeneinander von Strafvollzug und Gedenkstätte zu beenden.

Aufgrund der günstigen Entwicklung der Gefangenenanzahlen können wir dieser Forderung jetzt nachkommen, ohne bei der Sicherheit des Hamburgischen Strafvollzuges Abstriche machen zu müssen. Ich freue mich, dass die Justizbehörde mit dieser Entscheidung zum würdigen Gedenken im Mai dieses Jahres beitragen kann.“

**Für Rückfragen der Medien:  
Justizbehörde  
Henning Classen  
Tel.: 428 43-3143  
Mobil: 0172-4327953**



## Freie und Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle

28. Februar 2005/jb28

### **KZ-Gedenkstätte künftig ohne Strafvollzug**

Die Justizbehörde hat ihr Konzept der Reorganisation des Hamburger Strafvollzuges überarbeitet. Nach Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnittes der Justizvollzugsanstalt (JVA) Billwerder wird es möglich sein, die JVA Vierlande zu schließen.

Nach bedauerlichen Imitationen im Herbst 2001 war und ist es dem CDU-geführten Senat ein besonderes Anliegen, in Neuengamme einen Ort würdigen Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zu schaffen. So hat die Justizbehörde bereits am 12. Dezember 2001 die vom Strafvollzug genutzten früheren SS-Garagen und Werkstätten geräumt. Am 20. September 2002 wurde – trotz unumgänglicher Weiternutzung der damaligen Anstalt XII – vorzeitig der Appellplatz an die Gedenkstätte übergeben. Am 30. Juni 2003 wurde schließlich die Anstalt XII ganz geräumt.

Die Ende der 60er Jahre in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen KZ Neuengamme errichtete JVA Vierlande – ehemalige Anstalt IX – wird hingegen bis heute genutzt. Amicale Internationale de Neuengamme und andere Vertreter des Holocaust-Gedenkens haben an den Senat den dringenden Wunsch gerichtet, den aktuellen Strafvollzug wegen seiner Unvereinbarkeit mit dem Gedenken an die Untaten des NS-Regimes auf dem gleichen Gelände zu beenden.

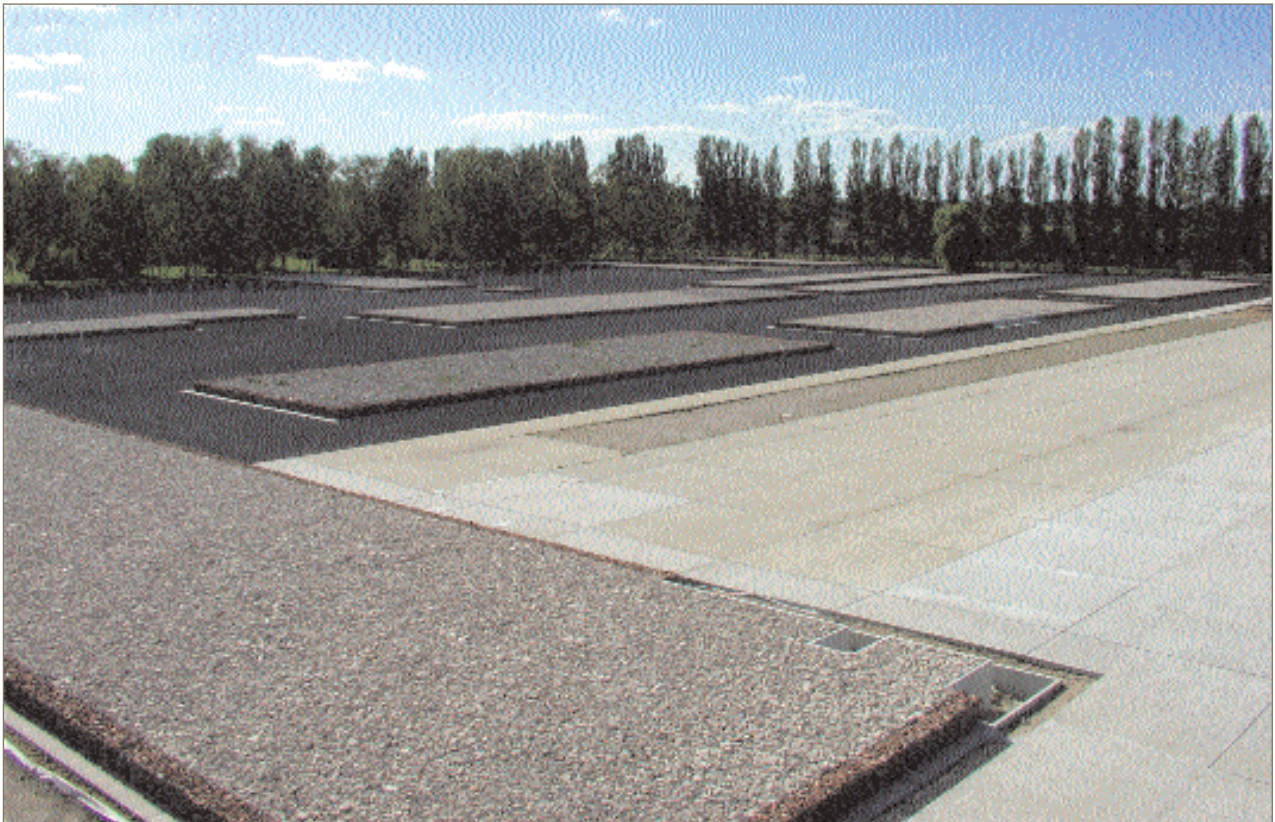
Eine unerwartet günstige Entwicklung der Gefangenenzahlen und der positive Baufortschritt in Billwerder ermöglichen es der Justizbehörde, diesen Wunsch zu erfüllen. Nachdem die Gefangenenzahlen seit dem Jahr 2002 deutlich zunahmen, sind sie im vergangenen Jahr wieder leicht gesunken. Bleiben die Zahlen auf dem derzeitigen Niveau, sind die Haftplatzkapazitäten der JVA Vierlande entbehrlich. Sollten die Zahlen wieder steigen, wird der Senat darauf mit einer nochmaligen Erweiterung der JVA Billwerder reagieren. Die planerischen Voraussetzungen hierfür werden unverzüglich geschaffen.

Am 28. Februar 2005 gab die Justizbehörde ihren Beschluss bekannt, auch die Justizvollzugsanstalt Vierlande, die 1969/70 auf dem Gelände der früheren Tongruben errichtet worden war, zu schließen. Die „historische Verantwortung gegenüber den Opfern und ihren Hinterbliebenen“ sei einer der Gründe für diesen Entschluss, durch den das „Nebeneinander von Strafvollzug und Gedenkstätte“ beendet werde. Ein weiterer Grund für die Schließung war aber auch durch das kontinuierliche Sinken der Gefangenzahlen in der Stadt Hamburg gegeben.

(PR HH)







**Im Sommer 2003 begann der Abriss der nach Kriegsende auf dem KZ-Gelände errichteten Gebäude der Justizvollzugsanstalt XII. Lediglich ein Fragment des Gefängnisses von 1949/50 blieb erhalten, um die Nachkriegsnutzung des Geländes zu dokumentieren. Die Standorte der Gebäude aus der Zeit des Konzentrationslagers, die nicht mehr erhalten sind, wurden durch Bodenreliefs, so genannte Gabionen, gekennzeichnet.**

*Fotos: Andreas Ehresmann. (ANg)*





**Der Betrieb der Justizvollzugsanstalt XII auf dem ehemaligen KZ-Gelände wurde im Sommer 2003 eingestellt. Anlässlich der Übergabe des Geländes an die KZ-Gedenkstätte fand am 6. September 2003 eine internationale Gedenkveranstaltung unter dem Motto „Neuengamme enfin libéré – Neuengamme endlich befreit“ statt.**

*Foto: Alexis Werner (oben), Andreas Ehresmann (unten). (ANg)*



## Freie und Hansestadt Hamburg Staatliche Pressestelle

15. Januar 2002

### Senatsbeschluss zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme

## Neugestaltung bereits im Mai 2005 abgeschlossen

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung die schnellere Neugestaltung und Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit finanziellen Konsequenzen beschlossen. Damit werden Modifizierungen am Zeitplan und am Gestaltungsumfang des ursprünglichen Konzeptes ermöglicht. Das neue Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum wird jetzt zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers am 5. Mai 2005 eingeweiht und damit anderthalb Jahre früher als bisher vorgesehen. Die Amicale Internationale KZ Neuengamme hatte diesen Plänen des Senates bereits ausdrücklich zugestimmt. (vgl. Anlage, Brief der Amicale)

Der für die Kultur zuständige Senator Rudolf Lange erklärte dazu: „Mit dem heutigen Tag können wir einerseits ein wichtiges Signal an die Amicale und die anderen Opferverbände geben und andererseits konkret an die Verwirklichung unseres Zieles gehen, die neu gestaltete KZ-Gedenkstätte anderthalb Jahre früher zu eröffnen. Ich freue mich, dass unsere sehr vertrauensvollen Gespräche mit der Amicale zu einem so positiven Ergebnis geführt haben.“

**Der Zeitplan für die Umgestaltung wird in drei Punkten geändert:**

- Der frühere Appellplatz, der für die ehemaligen Häftlinge eine besondere Bedeutung hat, soll schon im Laufe dieses Frühjahres entsprechend der Gedenkstättenkonzeption hergerichtet werden und danach den Besuchern der Gedenkstätte jeden Vormittag und am Wochenende zur Verfügung stehen.
- Die Verzögerung der Verlagerung der Justizvollzugsanstalt XII soll so gering wie möglich bleiben, der Betrieb des Gefängnisses auf dem Gelände wird bis spätestens 30. Juni 2003 beendet.
- Die gesamte Neugestaltung der Gedenkstätte wird bis zum April 2005 realisiert, damit das Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum der Gedenkstätte am historischen Ort des ehemaligen Häftlingslagers zum 60. Jahrestages der Befreiung bzw. des Eintreffens der britischen Truppen am 5. Mai 2005 eingeweiht werden kann.

**Der neue Hamburger Senat kehrte zu den ursprünglichen Plänen der Gefängnisverlagerung zurück. Zusätzlich beschloss er, dass die Umgestaltung des Geländes und die Eröffnung eines Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrums ein Jahr früher als geplant zum Mai 2005 verwirklicht werden sollten.**

*Erste Seite einer Erklärung der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg vom 15. Januar 2002. (PR HH)*



# „Das war ein Fehler“

Von Beust sichert KZ-Überlebenden zu, über die Gedenkstätte Neuengamme zu verhandeln. Sorge um Verzögerung des Umbaus ■ Von Elke Spanner



Sind einen „viel zu langen Weg gegangen“: Pincon, Le Bris und Bringmann (v.l.n.r.) gestern im Rathaus

Foto: Markus Scholz

Über den Verbleib der Strafanstalt XII auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme wird nun doch nachverhandelt. Gestern räumte der designierte Bürgermeister Ole von Beust (CDU) bei einem Treffen mit Vertretern der „Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN)“ im Rathaus ein, man habe über die Zukunft Neuengammes „sensibler sprechen müssen, das war ein Fehler“.

Bei ihrer ersten Beratung über das Thema hatte die Rechtskommission voriges Wochenende beschlossen, den Knaist in Neuengamme zu belassen und infolgedessen den Umbau zu einer Gedenkstätte zu stoppen. Deshalb waren gestern aus Frankreich der Präsident der AIN, Robert Pin-

con, und der Vorsitzende der Denkmalkommission, Jean Le Bris, nach Hamburg gekommen. Zusammen mit dem AIN-Vizepräsidenten Fritz Bringmann aus Schleswig-Holstein fingen sie, von Beust vor der Paraphierung des Koalitionsvertrages im Rathaus ab und verlangten ein erstes Gespräch für den Nachmittag. „Ich weiss nicht, ob Sie verstehen, was es bedeutet, einen viel zu langen Weg gegangen zu sein und dann zu sehen, dass er nicht erfolgreich war“, gab Bringmann zu bedenken, der seit Jahrzehnten um eine würdige Gedenkstätte in Neuengamme kämpft.

Von Beust sicherte nun zu, ohne das Einverständnis der Opferverbände werde die neue Regierung

„nichts tun: Wir werden nicht über Nacht kaputt machen, was Sie erreicht haben“. Allerdings müsse man prüfen, ob die in den Umbauplänen avisierte „Anordnung auf dem Gelände die Optimale ist“. Jean Le Bris erklärte dem Bürgermeister, dass für die KZ-Überlebenden Neuengamme ein „riesen-großer Friedhof“ sei. Die Häftlinge hätten im Nationalsozialismus das damals unterwegs Gelände mit den eigenen Händen zum Konzentrationslager ausbauen müssen. Deshalb seien sie heute „ein bisschen Mitbesitzer“.

Die Forderung, nur die jetzt umstrittene Strafanstalt XII zu verlegen, ist laut Bringmann ohnehin bescheiden. Auf dem damaligen KZ-

Gelände befindet sich noch ein zweites Gefängnis, das auf Dauer weitergenutzt wird. Die Anstalt XII aber stehe in einem „besonders sensiblen Bereich“, weil dort früher das „Schutzhaftlager“ und der Appellplatz für die KZ-Insassen war. Wo früher Häftlinge ausgepeitscht und ermordet wurden, spielen heute Gefangene Fußball.

Die Vertreter der amicale hoffen nun, dass über die neuen Verhandlungen der Umbau der Gedenkstätte nicht verzögert wird. Der Planung der alten Bürgerschaft zufolge sollte die Anstalt XII im Jahr 2003 fortgezogen sein. Um das zu feiern haben laut Bringmann Hunderte Überlebende aus aller Welt ihren Besuch in Hamburg zugesagt.



**Am Tag der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages kamen drei Vertreter der Amicale Internationale KZ Neuengamme unangemeldet in das Hamburger Rathaus und verlangten eine Unterredung mit dem zukünftigen Ersten Bürgermeister Ole von Beust. Sie brachten ihren Protest gegen den geplanten Verbleib des Gefängnisses auf dem ehemaligen KZ-Gelände vor.**

**Im Zuge des Gesprächs versicherte von Beust mehrfach, dass es ohne das Einverständnis der Überlebenden keine Änderung der ursprünglichen Umzugspläne geben werde.**

*„tageszeitung“ vom 20. Oktober 2001.*

Am 5. September 2001 hatte die Hamburger Bürgerschaft einstimmig die Verlagerung des Gefängnisses und den Ausbau der Gedenkstätte beschlossen. Mit den Bürgerschaftswahlen am 23. September 2001 änderten sich jedoch die Mehrheitsverhältnisse. Die künftige Koalition aus CDU, FDP und Schill-Partei kündigte im Oktober 2001 an, dass trotz des Neubaus eines Gefängnisses in Billwerder die Justizvollzugsanstalt in den ehemaligen KZ-Gebäuden bestehen bleiben

solle. Überlebende des KZ Neuengamme, Verfolgtenverbände im In- und Ausland sowie weite Teile der Öffentlichkeit, die durch den überraschenden Wahlerfolg der rechtspopulistischen Schill-Partei besonders sensibilisiert waren, protestierten vehement.

„Bergedorfer Zeitung“  
vom 16. Oktober 2001.

## „Ein Schlag ins Gesicht der Opfer“

Bürgerblock will JVA in Neuengamme erhalten – Kritik von ehemaligen KZ-Häftlingen

Der Ausbau der Gedenkstätte, am 5. September einstimmig beschlossen, ist nun in Frage gestellt.

Von Wolfgang Rath

Neuengamme. Entsetzt haben Vertreter von Opferorganisationen und KZ-Gedenkstätte Neuengamme auf die Ankündigung des Bürgerblocks reagiert, die Justizvollzugsanstalt XII doch nicht vom Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers zu verlagern. „Es ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer und Hinterbliebenen, die jahrzehntelang für eine würdige Gedenkstätte gekämpft ha-

ben“, so Dr. Christl Wickett, stellvertretende Leiterin der Gedenkstätte.

Vertreter von CDU, Schill-Partei und FDP hatten sich in ihren Koalitionsverhandlungen geeinigt, die JVA in Billwerder zwar fertig zu bauen, die Anstalt XII jedoch nicht zu schließen. „Wir brauchen Haftplätze. Die Kräfte sind überfüllt“, sagt Frank-Michael Bauer (Schill-Partei) und verweist auf den Anspruch der Gefangenen nach menschenwürdiger Unterbringung. Es sei zudem die Frage, „ob man jedes ehemalige KZ als riesige Gedenkstätte“ ausbauen müsse.

Den Ausbau der Gedenkstätte am Jean-Dollidier-Weg hatte

die Bürgerschaft erst vor knapp sechs Wochen einstimmig also – auch mit den Stimmen der CDU – beschlossen. Ergebnis eines zwölfjährigen Beratungsprozesses, nachdem 1989 der Senat der Verlegung der JVA zugestimmt hatte. Seit einem Jahr arbeiten die Historikerin Wickett und ihr Kollege Jens Michelsen an der Konzeption. 13 Millionen Euro haben Hansestadt und Bund für die Realisierung zugesagt.

„Die Erweiterung spielt eine wesentliche Rolle im Gedenkstättenkonzept „des Bundes“, sagt Christl Wickett. Mit einer Ausstellung zur Geschichte des KZ sowie einer weiteren über die SS und die Naziideologie

sollte Neuengamme zu einer zentralen Gedenkstätte für den Norden werden. Zudem war ein Begegnungszentrum für Jugendliche aus Europa geplant.

„Die derzeitige Situation ist unhaltbar“, betont Wickett. Zentrale Orte der Erinnerung sind, weil sie auf JVA-Gelände liegen, nicht zugänglich. Der Appellplatz, auf dem Kameraden öffentlich erhängt oder ausgepeitscht wurden, der Bunker, in dem Tausende ermordet wurden, müssen endlich zu würdigen Gedenk- und Lernorten für die kommenden Generationen werden“, fordert Fritz Bringmann (IKL), einer von vier noch lebenden deutschen Ex-Häftlingen.

Unverständnis auch bei der internationalen Opferorganisation „Amicale“. Deren Präsident, der Franzose Robert Pençon, warnte davor, die Verengtheit zu verdrängen. Die „Amicale“ werde sich auch mit anderen internationalen Organisationen abstimmen, um gemeinsam auf eine etwaige Rücknahme des Bürgerblocksbeschlusses zu reagieren, so Pençon auf Anfrage der „bz“.

Dass die marode Anstalt XII ohne weiteres erhalten bleiben kann, wird von Justizexperten übrigens in Frage gestellt: Die 140 Mitarbeiter sind wie die vorhandenen Sachmittel in Billwerder fest eingeplant, Nachwuchs ist Mangelware.

Am 14. Dezember 2000 konnte die Justizsenatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit schließlich den Grundstein für einen Gefängnisneubau im Hamburger Stadtteil Billwerder legen. Der Umzug des Gefängnisses von Neuengamme in die neue Justizvollzugsanstalt wurde für das Frühjahr 2003 anvisiert.

„Hamburger Abendblatt“ vom 15. Dezember 2000.

## Neubau ersetzt Gefängnis auf KZ-Gelände

Grundstein für 96-Millionen-Mark-Projekt gelegt

Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme soll vom Frühjahr 2003 an kein Strafvollzug mehr betrieben werden. Das bisherige Gefängnis Vierlande zieht dann nach Billwerder um. Gestern legte Justizsenatorin Lore Maria Peschel-Gutzeit den Grundstein für die Ersatzanstalt, einen 96-Millionen-Mark-Neubau.

„Ich bin sehr froh, dass wir mit dem Bau der Ersatzanstalt unser Wort gegenüber den ehemaligen Häftlingen des KZ Neuengamme und der Allgemeinheit endlich einlösen können“, sagte die Senatorin. Sie verwies auf Grundsatzbeschlüsse von Senat und Bürgerschaft für eine Verlegung der Haftanstalt, die 1949 mitten auf dem KZ-Gelände in Betrieb genommen worden war.

Damals wollte man, es dachte zum Beispiel Bürgermeister Max Brauer, den Gräueln der Nazi-Zeit ganz bewusst den Strafvollzug eines demokratischen Rechtsstaates gegenüberstellen. 50 Jahre später meinte die politische Mehrheit, das Gefängnis verletze die Würde der Gefangenen. Auch die Organisation der

früheren KZ-Häftlinge, Amicale Internationale de Neuengamme, forderte eine Verlegung der Justizvollzugsanstalt von der Stätte des Todes und der Leiden. Im KZ Neuengamme kamen 55 000 Menschen um.

Der Neubau entsteht auf einer 20 Hektar großen Marschenwiese östlich der Autobahn 1 zwischen Billwerder Bildeich und dem Verschiebebahnhof Billwerder-Moorfleet, etwa einen Kilometer von der S-Bahn-Station Billwerder-Moorfleet entfernt. Sie ist für 382 Gefangene konzipiert. Drei rechteckige Haft Häuser mit jeweils zwei Geschossen nehmen sie auf. Diese Gebäude erhalten Abteilungen für jeweils mindestens 60 Gefangene. Außerdem werden Häuser für die Verwaltung und Arbeitsbetriebe gebaut.

Die Justizvollzugsanstalt Billwerder soll so genannten offenen Strafvollzug praktizieren. Doch die Öffentlichkeit hat ihre Grenzen. Die Fenster der Haft Häuser werden vergittert, ansonsten wird das neue Gefängnis mit einem stabilen, vier Meter hohen Zaun und mit einem Wassergraben



Lore Maria Peschel-Gutzeit legte den Gefängnis-Grundstein. Foto: MÜCKERT

Enge in den Haftanstalten

In den zwölf Hamburger Gefängnissen sitzen gegenwärtig rund 2900 Häftlinge ein. Der Platz ist teilweise äußerst knapp. In der Untersuchungsgefängnisanstalt am Holtenauerpark und in der Justizvollzugsanstalt Glasmoor gibt es immer noch Säle, die sich vier bis acht Gefangene teilen müssen.

Dabei hat Hamburg seit 1997 gut 106 Millionen Mark in den Ausbau seiner festen Häuser gesteckt. Auf der ehemaligen Elbinsel Hahnöfersand entstanden ein Frauengefängnis und ein weiterer Neubau für 44 männliche Gefangene.

Künftig gebaut wurde auch im Fuhlsbütteler Anstaltskomplex. Die dazugehörige Anstalt Nesselstraße wurde um 65 Haftplätze aufgestockt. 46 zusätzliche Haftplätze bekam die Anstalt Suhrenkamp, und in „Santa Fe“, der Anstalt II, wurde ein Flügel umgebaut.

Entlastung soll auch das künftige Gefängnis in Billwerder schaffen. Dort entstehen in gut zwei Jahren 382 Haftplätze. Das sind 74 Plätze mehr, als die bisherige Justizvollzugsanstalt Vierlande hat.

umgeben. „Die Anlegung eines Wassergrabens drängte sich wegen der für den Bau notwendigen Entwässerung des feuchten Geländes geradezu auf“, erklärte die Justizbehörde.

Senatorin Peschel-Gutzeit erklärte bei der Grundsteinlegung, in Billwerder werde es keinen „Luxus- oder Hotelvollzug“ geben. Aber die Gefangenen könnten nicht in Anstalten untergebracht werden, die wie vor 100 Jahren ausgestattet seien. rup

Im Sommer 1994 bot der Justizsenator der KZ-Gedenkstätte an, einen Teil der ehemaligen Walther-Werke für eine neue Dauerausstellung zur Verfügung zu stellen. In großer Eile wurde eine Ausstellung konzipiert und am 4. Mai 1995 eröffnet.

Am selben Tag fand zum 50. Jahrestag der Befreiung die jährliche Gedenkveranstaltung der Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN) erstmals auf dem ehemaligen Appellplatz im Bereich des noch bestehenden Gefängnisses statt. Fritz Bringmann, Generalsekretär der AIN, bei seiner Rede.

*Foto: Michael Kottmeier. (agenda)*



## Geldmangel in Justizbehörde

# Die Pläne für JVA-Neubau auf Eis gelegt

Von Wolf Götschew

**Bergedorf.** Der Bau der Justizvollzugsanstalt Bülwerder ist in weite Ferne gerückt – eventuell muß sogar ganz auf den Neubau verzichtet werden. Grund: Der Justizbehörde fehlt das Geld. Zudem gibt es erhebliche Planungsprobleme, die zu Verzögerungen führen.

Ursprünglich hatte Bürgermeister Dr. Henning Voscherau die Vergabe erteilt, daß der Grundstein für den Neubau im Mai 1993 – 50 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Neuengamme – gelegt werden sollte. Mit diesem Schritt, so der Bürgermeister, hatte der Fehler behoben werden sollen, daß nach dem Krieg ein Gefängnis auf diesem Gelände errichtet worden war.

Nach den Beratungen für den Haushaltsplan 1993 sind diese Pläne jedoch hinfällig: Senator Klaus Hardahl teilte mit, daß der Bau des Ersatz-Gefängnisses, das in Bülwerder als offene Anstalt geplant war, verschoben werden müsse. Der Grund, so Hardahl: „Im geschlossenen Vollzug besteht eine Überbelegung, so daß die Errichtung einer offenen Anstalt zu diesem Zeitpunkt nicht zu vertreten wäre.“ Erst müsse in den geschlossenen Vollzug investiert werden, um die Engpässe zu beseitigen.

Zusätzlich würden erhebliche Planungsprobleme bestehen, weil der Standort des

neuen Gefängnisses in Bergedorf sowohl im Bezirksamt als auch in der Bürgerschaft auf erhebliche Widerstände gestoßen sei. Zwar gibt es in der Justizbehörde ein fertiges Modell für den etwa 100 Millionen Mark teuren Neubau, doch die Details müssen erst noch festgelegt werden. Dies würde auch dazu beitragen, daß der vorgegebene Termin des Baubeginns nicht eingehalten werden könne.

Die etwa 50 Millionen Mark, die im Bereich der mittelfristigen Finanzplanung für das erste und zweite Jahr des Baus nicht mehr benötigt werden, will der Senator für den Abbau der Überbelegung und für die Modernisierung des Strafvollzugs verwenden.

Dennoch, orolachte gestern sein Sprecher Jürgen Wehnert, sei das Thema der „Justizvollzugsanstalt Bülwerder“ wohl noch nicht ganz vom Tisch: „Es könnte sein, daß ein Baubeginn noch vor dem Jahr 2000 möglich ist. Zur Zeit aber kann niemand einen genauen Zeitpunkt angeben.“

■ Kommentar S. 2

In den folgenden Jahren geriet die Umsetzung der Senatspläne ins Stocken. Die bereits angekündigte Grundsteinlegung des Gefängnisneubaus zum 50. Jahrestag der Befreiung musste verschoben werden – zunächst ohne einen Ersatztermin. Gründe waren Finanzierungsprobleme sowie Widerstände innerhalb der Justizbehörde und des Bezirksamtes Bergedorf.

„Bergedorfer Zeitung“  
vom 9. August 1994.



**Auszug aus der Drucksache 14/3875 vom 6. April 1995. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft. Empfehlungen der Kommission KZ-Gedenkstätte Neuengamme**

[...]

**3. Die Empfehlungen**

Als Ergebnis ihrer Arbeit legte die Expertengruppe die [...] „Empfehlungen“ vor. Die Empfehlungen unterstreichen den zentralen Stellenwert der Senatsentscheidung vom Juli 1989 zur Verlagerung der Justizvollzugsanstalt XII: Im Hinblick auf die Möglichkeiten, die sich durch diesen Beschluß ergeben, wird für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme festgestellt:

„Nach der Verlagerung der Justizvollzugsanstalt wird im Bereich des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme eine Fläche von 22,4 Hektar neu in die Gedenkstätte einbezogen werden können. Das dann zugängliche einstige KZ-Gelände umfasst [...] rund 41 000 Quadratmeter umbauten Raum in 15 Gebäuden, die noch aus der Zeit des KZ stammen. Vergleichbares hat kein anderes ehemaliges Konzentrationslager auf dem Boden der Bundesrepublik nachzuweisen. Noch stärker als bisher wird damit Neuengamme zu einer Gedenkstätte von besonderer überregionaler Bedeutung [...].

Die Gesamtkonzeption [...] umfasst folgende Eckpunkte:

- Dokumentationsbereich und Gedenkbereich werden getrennt.
- Der Hauptzugang zur Gesamtanlage wird vom jetzigen Dokumentenhaus in die Nähe des seinerzeitigen Lagerbahnhofs verlegt, auf dem die Häftlingstransporte ankamen.
- Die 1965 geschaffene Mahnmalsanlage mit der Stele soll unverändert bleiben. [...]
- Die in der Nachkriegszeit abgerissenen Gebäude des KZ (insbesondere die Häftlingsbaracken) sollen nicht rekonstruiert werden. Es sollen lediglich die Grundrisse wieder sichtbar gemacht werden, wenn die jetzigen Häftlingsunterkünfte der Justizvollzugsanstalt XII beseitigt sind.
- Die Nachkriegsgeschichte des Geländes, die Nutzung als Gefängnis, die Verdrängung und Überbauung sollen angemessen dokumentiert werden [...].

**Der Hamburger Senat berief im Mai 1991 eine Expertenkommission, die ein Konzept für die künftige Gestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme entwickeln sollte. Mitglieder der Kommission waren der Erste Bürgermeister, die Kultursenatorin, vier Vertreter der Bürgerschaftsfraktionen, zwei Vertreter der Amicale Internationale KZ Neuengamme sowie eine Wissenschaftlerin und sieben Wissenschaftler.**

**Die Kommission erarbeitete eine Reihe von Empfehlungen, wie mit dem Gelände nach der Verlegung des Gefängnisses umgegangen werden sollte.**

*Auszug aus einer Mitteilung des Senats an die Hamburger Bürgerschaft.  
Aus: Drucksache 14/3875 der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 6. April 1993, S. 1 f.*

**Aus einer Rede des Ersten Bürgermeisters Henning Voscherau auf der Gedenkveranstaltung der Amicale Internationale de Neuengamme am 5. Mai 1990:**

*Wir müssen auch die Frage stellen, wie diese Stadt seit der Befreiung mit Ihrem Leid, mit unserer Schuld umgegangen ist. Haben wir Dunkles heller gemacht, Schweres leichter? Haben wir Ihre Wünsche nach Würdigung, Mitgefühl verständnisvoll entgegengenommen, haben wir sie erfüllt?*

*Jede Stunde der Trauer ist für mich auch eine Stunde der Wahrheit.*

*Wir haben unser Werk nicht gut genug getan, haben bis heute noch nicht die Form gefunden, die dem Leiden und Sterben in Neuengamme und seinen Außenlagern angemessen ist. [...]*

*Falsch war es, die Justizvollzugsanstalt Vierlande ausgerechnet auf dem ehemaligen Gelände des Lagers einzurichten. [...] Was falsch war, wollen wir so nennen – und endlich ändern.*

*Der Senat und diese Stadt werden die Justizvollzugsanstalt Vierlande verlegen, werden die früheren Gebäude des Konzentrationslagers der Gedenkstätte zurückführen. Das ist nicht Wiedergutmachung, die kann es nicht geben. Es ist das Eingeständnis einer Unzumutbarkeit.*

*Aus: Berichte und Dokumente, hg. v. d. Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg, Nr. 912, 11. Juni 1990.*



p

### **Признание неприемлемости ситуации Перемещение тюрьмы "XII"**

В 1989 г. сенат города Гамбурга принял решение о переводе тюрьмы "XII", находившейся на территории бывшего концентрационного лагеря Нойенгамме, в другое место.

"То, что было ошибкой, мы хотим открыто признать и, наконец-то, исправить", – так прокомментировал решение сената Первый бургомистр Гамбурга Хеннинг Фошерау. Но выполнения этого обещания пришлось ждать более 10 лет. Лишь в 2003 г. были начаты работы по сносу тюремных зданий и преобразованию территории бывшего концлагеря в мемориальный комплекс.

## **Das Eingeständnis einer Unzumutbarkeit**

### **Die Verlagerung der Justizvollzugsanstalt XII**

Der Hamburger Senat beschloss 1989, die Justizvollzugsanstalt XII vom Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers zu verlegen. „Was falsch war, wollen wir so nennen – und endlich ändern“, begründete Erster Bürgermeister Henning Voscherau die Entscheidung. Jedoch dauerte es bis zur Einlösung dieses Versprechens mehr als zehn Jahre. Erst 2003 konnte mit dem Abriss von Gefängnisgebäuden und der Umgestaltung des Geländes begonnen werden.

e

### **Admitting an Unacceptable State of Affairs:**

#### **The Transfer of Penal Facility XII**

In 1989, the Hamburg Senate decided to move Penal Facility XII from the site of the former concentration camp. "We want to call a wrong a wrong – and finally change it", said Henning Voscherau, then Lord Mayor of Hamburg, explaining the reason for this decision. But it took the Hamburg Senate more than ten years to finally make good on its promise: the demolition of the prison buildings and the redevelopment of the grounds did not start until 2003.

f

### **L'aveu d'une situation intolérable: Le transfert de l'établissement pénitentiaire XII**

En 1989, le Sénat de Hambourg prit la résolution de déplacer l'établissement pénitentiaire XII, alors sur le site de l'ancien camp de concentration. Le Premier Bourgmestre, Henning Voscherau, justifia la décision en ces termes : « Nous reconnaissons cette erreur et voulons enfin la corriger ». Pourtant, plus de dix années s'écoulèrent avant que cette promesse ne soit tenue. Et ce n'est qu'en 2003 que commencèrent les travaux de démolition des bâtiments de la prison et de restructuration du site.